

Klaus Bremer MLPD:

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

1. Deutschland gehört zu den fünf größten Rüstungsexporturen der Welt. Die Bundesregierung genehmigte milliardenschwere Waffenlieferungen, die u.a. in Staaten gingen, die Kriege führten, Menschenrechte verletzten oder in Krisengebieten lagen. Beispielsweise erhielten im Jemen kriegsführende Staaten Rüstungsgüter aus Deutschland, obwohl das im Koalitionsvertrag untersagt wurde.
 - Werden Sie sich für ein restriktives Rüstungskontrollgesetz einsetzen, das Rüstungsexporte aus Deutschland generell verbietet?
 - Wenn Rüstungskonzerne ihre Produktion durch technische Unterstützung im Ausland, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen internationalisieren, werden deutsche Regularien umgangen. Was tun Sie dagegen?
 - Wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen?

Antwort

Als Marxisten-Leninisten sind wir der Meinung, dass die Bundesrepublik als kapitalistisches Land über eine imperialistische Armee verfügt. Eroberungskriege und Militär sind also systemrelevant. Damit hängt eine Beschränkung oder Kontrolle von Rüstungsausgaben davon ab, wie diese in der Bevölkerung durchgesetzt werden können. Das Parlament bekommt in der Regel kaum die ganze Wahrheit mitgeteilt und Rüstungsgeschäfte werden über Lobbyisten in den Ausschüssen ausgehandelt. Es hat für uns oberste Priorität, die Bevölkerung für einen massenhaften Protest zu gewinnen bzw. zu überzeugen.

Gesetzlich würden wir uns dafür einsetzen, das bei einem Verstoß gegen das Verbot von Rüstungsexporten oder widerrechtliche Lizenzvergaben, die entsprechenden Firmen mit dem Entzug von Hermesbürgschaften und staatlichen Aufträgen für einen bestimmten Zeitraum bestraft werden. Aufgrund berechtigter Kämpfe von unterdrückten Völkern wie den Kurden, fordern wir aber auch, **weg mit dem Waffenembargo gegen revolutionäre Befreiungsbewegungen** und kein Waffenexport an reaktionäre Regimes.

2. Im Januar 2021 ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. (Meinungsumfrage Kantar (1) Dies würde bedeuten, dass alle US-amerikanischen Atombomben aus Deutschland abgezogen werden müssten.
 - Wird sich Ihre Partei für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages einsetzen? • Ist der Abzug der in Büchel stationierten US-Atomwaffen, wie vom Bundestag im Jahr 2010 beschlossen, für Ihre Partei ein erstrebenswertes Ziel?
 - Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Antwort

Wir treten für den Abzug aller ausländischen Truppen aus der Bundesrepublik ein. Das bedeutet auch die Aufkündigung aller bisherigen Genehmigungen gegenüber ausländischen Kräften (Ramstein, usw). Wir fordern die Auflösung der Nato und die Ächtung jeglicher Form von Massenvernichtungswaffen.

3. Die Bundeswehr befindet sich mit über. 3000 Soldaten und Soldatinnen in etlichen Auslandseinsätzen. (2) Politik mit militärischen Mitteln bringt keine dauerhaften friedlichen und demokratischen Lösungen und keine Lebensperspektiven. Das Gegenteil ist der Fall. Am Beispiel Afghanistan zeigt sich das deutlich: 2,6 Millionen Afghaninnen und Afghanen flohen ins Ausland, 1,2 Mio. Menschen sind innerhalb Afghanistans auf der Flucht. Die Zahl ziviler Opfer wird auf mehrere Hunderttausend geschätzt. Das vermeintliche Ziel wurde verfehlt: Die Gegner der afghanischen Regierung und der NATO, die Taliban, wurden nicht schwächer sondern stärker.
- Was wird Ihre Partei tun, um von der Politik der militärischen Interventionen und Kampfeinsätzen abzurücken?
 - Was tut Ihre Partei, um das übergeordnete Gewaltverbot der UN in Art. 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen, das allen Mitgliedsstaaten die Anwendung militärischer Gewalt verbietet, durchzusetzen?
 - Was möchte Ihre Partei konkret gegen Kriegsursachen, wie Armut, Klimawandel und Ausbeutungsverhältnisse, tun?
 - Welche zivilen Krisenpräventionsmaßnahmen sieht ihre Partei im Falle von Konflikten vor?

Antwort

Wir sind für die sofortige Rückführung aller deutschen Soldaten aus allen internationalen Einsätzen. Wir fordern die Auflösung der Nato, der Interventionseinheiten von EU und Bundeswehr und machen uns keine Illusionen, das wir den aggressiven Charakter des deutschen Militärs „aufheben“ können. Auch hier spielt die Aufklärung der Bevölkerung eine entscheidende Rolle, um den notwendigen Widerstand gegen diese imperialistische Einmischungspolitik zu entwickeln

Solange die Vetomächte die Hauptkriegstreiber sind, spielt der Art. 2 Nr. 4 der Charta mehr die Rolle eines Feigenblatts.

Der weltweite, aber gerade in Deutschland praktizierte moderne Antikommunismus als Staatsdoktrin, verhindert bisher einen neuen Aufschwung im Kampf um eine befreite Gesellschaft. Chance the System ist nicht nur in Bezug auf die drohende Klimakatastrophe angesagt.

4. Die Militärausgaben für die Bundesrepublik Deutschland betragen im vergangenen Jahr 51,5 Mrd. Euro (3), obwohl die NATO 15 mal mehr für Aufrüstung ausgibt als Russland und das Geld dringend für andere Investitionen benötigt würde. • Hält Ihre Partei am 2% Ziel des BIP für Militärausgaben fest, was zukünftig eine annähernde Verdoppelung des Rüstungsetats bedeuten würde?

Antwort

siehe Antwort Frage 5

5. Die Weltkriegsgefahr ist gestiegen. Seit Ende des Kalten Krieges war die Gefahr, dass Atomwaffen wieder zum Einsatz kommen könnten nie so hoch wie heute.
- Was will Ihre Partei tun, um Spannungen mit Russland, China und dem Iran zu

entschärfen?

- Was hält Ihre Partei von einem Austritt aus der NATO?

Antwort

Wir warnen schon länger vor der zunehmenden Rivalität der Supermächte und der Gefahr eines 3. Weltkrieges. Wir betonen den Aufbau einer schlagkräftigen Friedensbewegung, die unbedingt eigenständig sein muss. Es gibt keine „Guten“ oder „Bösen“ Imperialisten. Aktuell fordern wir den sofortigen Austritt der Bundesrepublik aus der Nato und deren Auflösung. Diese Forderung der KPD nach 1945 hat nach wie vor ihre Gültigkeit. Um internationale Spannungen abzubauen wäre das ein erster, wichtiger Schritt.

6. Die Diskussion über die Bewaffnung von Drohnen ist nach wie vor nicht abgeschlossen, das betrifft sowohl die israelische HERON TP als Übergangslösung, als auch 21 sogenannte Eurodrohnen, die nach der

siehe Antwort 7

7. Neue Waffensysteme wie das FCAS (Future Combat Air System oder „System der Systeme“) dürfen nach Meinung der Friedensbewegung nicht entwickelt werden. Es handelt sich hierbei um Tarnkappenbomber, die atomar bestückt werden können und von autonom agierenden, bewaffneten Drohnenschwärmen begleitet werden sollen.
 - Was tut Ihre Partei, um derartige Projekte zu verhindern?

Antwort

Wir ächten jegliche atomare Bewaffnung und damit auch die Anschaffung von solchen Trägersystemen. Ein Verbot für die Entwicklung bestimmter Waffen setzt immer die Möglichkeit einer Kontrolle voraus. Wer Kontrolle haben will der muss auch die Macht besitzen diese auszuüben. Diese Macht haben wir (alle Friedensbewegten) nicht. Es bleibt nur der beschwerliche Weg die Menschen für einen aktiven Widerstand zu gewinnen. Der Charakter der Bundeswehr entspricht den Interessen des wiedervereinigten Deutschland, die von der Industrie und den Monopolen in Form von Rohstoffanforderungen und Einflussphären definiert werden.

8. Militär gehört zu den größten Klimakillern.
 - Hat Ihre Partei hierfür eine Lösung?

Antwort

Auch hier wäre die Forderung nach weniger Flugzeugen oder „Elektropanzern“ sicher wenig zielführend. Um der Umweltkatastrophe etwas entgegen zu setzen muss die Ausbeutung der Natur aus Gründen des Profits unterbunden werden. Dabei geht es um die ganze Art und Weise eines zukünftigen Zusammenlebens, in dem der Mensch und seine natürliche Umwelt im Mittelpunkt steht.